

Cornelia Ernst

**Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres,
DIE LINKE im Europaparlament**

Schluss mit der Überwachung, für die Freiheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger!

Die Enthüllungen Edward Snowdens zeigen, dass elementare Grund- und Bürgerrechte nichts gelten, wenn es um Geheimdienste geht. Die massenhafte und nahezu lückenlose Ausspähung von Millionen von Menschen und 35 Regierungen lässt sich weder mit der Bekämpfung des Terrorismus rechtfertigen noch mit Verweis auf die nationale Sicherheit. Die Freiheit der Kommunikation, das Recht auf Privatsphäre, die Meinungsfreiheit und die informationelle Selbstbestimmung werden de facto außer Kraft gesetzt, genauso wie der Quellenschutz für Journalisten und die Vertraulichkeit von Gesprächen zwischen Anwälten und ihren Mandanten.

Gleichzeitig wird offenbar, dass die Kontrolle der Geheimdienste überall versagt hat und diese unkontrollierbar geworden sind. Zwischen den westlichen Geheimdiensten bestehen Verträge und Absprachen, die kein Parlamentarier je zu Gesicht bekommen hat und die auch nie öffentlich diskutiert worden sind.

Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung und geschützt durch die Abwesenheit von effektiver Kontrolle wird geltendes Recht gebrochen und Straftaten verübt. Die Aktivitäten des britischen Geheimdienstes im Rahmen von Tempora sind mit europäischem Recht nicht zu vereinbaren. Die massenhafte Überwachung wird im politischen und wirtschaftlichen Bereich zur Spionage, die auf beiden Seiten des Atlantiks eine Straftat ist. In diesem Sinne erfüllt die Kooperation der westlichen Geheimdienste alle gängigen Kriterien für organisierte Kriminalität. Die mangelhafte Kontrolle der Geheimdienste ist keine Entschuldigung, die Regierungen sind in jedem Fall für das Handeln ihrer Dienste verantwortlich.

Der seit Jahren voranschreitende Ausbau der Überwachung der Menschen wird immer wieder mit dem Kampf gegen den Terrorismus begründet. Die Wirksamkeit der Maßnahmen, egal ob Lauschangriff, Vorratsdatenspeicherung oder Fluggastdatenspeicherung ist aber nie öffentlich und nachvollziehbar belegt worden. Tatsächlich geht das blinde Datensammeln immer mehr zu Lasten von klassischer Ermittlungsarbeit.

Keine Regierung in der EU ist bereit, sich ihrer Verantwortung für diese unverschämte Rechtlosigkeit zu stellen. Deshalb haben wir es mit einer tiefen Krise des Rechtsstaates zu tun, die eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratien darstellt

Als Linke fordern wir die Umsetzung folgender konkreten Schritte:

Transatlantische Beziehungen

- Ein transatlantischer Dialog zwischen Parlamenten muss begonnen werden, um gemeinsam der massenhaften Überwachung ein Ende zu setzen. Alle NSA-Programme zur Ausspähung von Menschen in Europa müssen beendet werden.
- Das Safe Harbour Abkommen muss aufgelöst werden. Bis auf weiteres sollten die Verhandlungen für Freihandelsabkommen mit den USA auf Eis gelegt werden.
- Ein Anti-Spionage Abkommen zwischen der EU und den Five-Eyes-Staaten mit strengen Kontrollmechanismen könnte geschlossen werden. Nicht nur die Überwachung der Regierungen ist zu verbieten, sondern die aller Menschen, die in der EU leben. Das setzt auch voraus, dass das britische Überwachungsprogramm Tempora beendet wird.

Kontrollgremien stärken

- In den Staaten der EU müssen unabhängige Kontrollgremien für die Geheimdienste geschaffen werden, die neben der vollen Akteneinsicht in alle Dokumente auch öffentliche Anhörungen zur Evaluation der Dienste durchführen können. Das muss mit einem Recht auf Öffentlichkeit für die Gremien verbunden werden, ebenso wie die Pflicht zur Information der Parlamente.
- Die Arbeit dieser Gremien muss auf europäische Ebene koordiniert werden, ähnlich der Artikel 29-Gruppe für den Datenschutz.
- Die Datenschutzbeauftragten müssen in die Arbeit der Kontrollgremien eingebunden werden und ihre Behörden ausgebaut, so dass sie umfassende Audits durchführen können.
- Im Europäischen Parlament soll es künftig einen Unterausschuss für Privatsphäre und Datensicherheit im Innenausschuss geben.

Bestehende Maßnahmen evaluieren

- Auf europäischer Ebene muss ein Rahmen geschaffen werden, der Mindestanforderungen für verpflichtende Evaluationen der Programme der Geheimdienste in den Mitgliedsstaaten geschaffen werden.
- Alle Maßnahmen im Sicherheitsbereich müssen periodisch evaluiert und die Ergebnisse veröffentlicht werden.
- Die Vorratsdatenspeicherung ist sofort abzuschaffen.
- Die Arbeit des Intelligence Analysis Center der EU (IntCen) muss öffentlich bewertet und dessen Notwendigkeit hinterfragt werden.

Abwehr der Menschen stärken

- Es muss ein starker rechtlicher Rahmen zum Schutz von Whistleblowern wie Snowden geschaffen werden.
- Empowerment: Aufklärung, Schulung, Information zu moderner Kommunikationstechnik und Verschlüsselung muss für alle zugänglich sein und schon in der Schule gelehrt werden.
- Förderung und öffentliche Investitionen in sichere Technik, freie und open source Software und Hardware.